

REDE VON MICHAIL GORBATSCHOW

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das Thema unserer Konferenz lautet: "Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert". Ich wurde gebeten, in diesem Zusammenhang näher auf die sehr aktuelle Frage einzugehen, ob die Veränderungen in Osteuropa Hoffnungen auf die Entstehung einer neuen Zivilisation auf unserem Kontinent zulassen.

Sicher stimmen Sie mit mir darin überein, daß es unmöglich ist, diese Thematik umfassend zu behandeln. Wir können jedoch als einen ersten wichtigen Schritt versuchen, einige Aspekte zu betrachten. Und dies geschieht an einem Ort, wo vor über einhundert Jahren August Bebel, der Mitbegründer der Deutschen Sozialdemokratie, den ich sehr schätze, eine fünfstündige Rede über die Ziele der Sozialdemokratie gehalten hat. Ich glaube, ich werde weniger Zeit benötigen.

An der Schwelle des neuen Jahrhunderts, des neuen Jahrtausends, ist nicht nur Europa, sondern ist die ganze Welt von Hoffnungen erfüllt. Es herrscht die Meinung vor, daß wir in einer Übergangsperiode leben. Tatsächlich finden in der ganzen Welt gegenwärtig grundlegende Veränderungen statt. Diese sind unterschiedlich in ihrer Tiefe und in ihren Formen. Sie betreffen nicht nur die Staaten in ihrer inneren Entwicklung, sondern auch die zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese Wandlungen sind Antworten auf die Herausforderungen der Zeit, in der wir leben.

In Westeuropa sind Veränderungen ebenfalls notwendig, auch wenn die westlichen Politiker, mit denen ich noch heute freundschaftliche Beziehungen unterhalte, dies nicht wahrhaben wollen. Erst kürzlich haben einige Politiker wieder behauptet, daß sich nur der Osten zu verändern hat - alles andere geschähe dann automatisch. Ich glaube jedoch, daß die Menschen in Ostdeutschland ihre eigenen Erfahrungen besitzen. Sie werden mir darin zustimmen, daß dies so einfach nicht ist. Denn "Grau ist alle Theorie" - im Leben, in der Politik gibt es tiefe Gruben und Hindernisse.

In Westeuropa haben die Veränderungen vor allem in Bezug auf die Integrationsprozesse eine große Bedeutung. Dies ist ein wichtiger Versuch für ganz Europa, ja für die gesamte Zivilisation, der einer tiefgründigen Analyse bedarf. Er findet statt in einer Zeit, in der wir die Spaltung überwunden haben und in einem gemeinsamen Europa leben. Im politischen Leben der westlichen Staaten vollziehen sich große Veränderungen. Jetzt nehmen wir wahr, daß die politischen Strukturen veraltet sind. Es besteht ein Bedürfnis nach der Erweiterung demokratischer Strukturen.

In Mitteleuropa, im Osten, sind die Veränderungen noch radikaler als im Westen des Kontinents. Sie haben vor rund zehn Jahren ihren Anfang genommen, als sich unter dem Einfluß der Perestroika in unserem Land eine neue Außenpolitik auf der Grundlage der Prinzipien des neuen Denkens durchsetzte, deren wichtigster Bestandteil die konsequente Verwirklichung des Prinzips der Freiheit der Völker bei der Wahl ihres Entwicklungsweges war.

Als in Osteuropa eine Welle demokratischer Veränderungen herannahte, als die Völker unmißverständlich ihren Willen zu erkennen gaben, sich dem aufgezwungenem System nicht länger zu beugen, haben wir dies nicht behindert, sondern befördert. Das war die Wende. Es war die Wende in der Weltpolitik, in der Philosophie - aber vor allen Dingen eine notwendige und sehr schwierige Wende für uns in der ehemaligen Sowjetunion. Daß sie vollzogen wurde, ist unser gemeinsamer Sieg.

Dies war die einzig richtige Entscheidung. Jedes andere Herangehen, jeder Versuch, die herangereiften Veränderungen zu stoppen, den Befreiungsprozeß unter Anwendung von Gewalt aufzuhalten, hätte nicht nur die Todesglocken für die sowjetische Perestroika und die Demokratisierung läuten lassen, sondern ebenso die reale Gefahr eines europäischen Krieges hervorgerufen.

Die Systemveränderungen in den osteuropäischen Ländern hatten große Auswirkungen auf die politische Entwicklung dieses Teils des Kontinents. In diesen Ländern vollzieht sich der Übergang vom Totalitarismus zur Demokratie, von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft. Sie beschreiten den Weg zur staatlichen Unabhängigkeit. Deshalb ist es verständlich, daß bei einer gleichen Orientierung die jeweiligen Entwicklungswege in vielen Bereichen voneinander abweichen. Das muß akzeptiert werden. Versuche, diesen Ländern neue Modelle aufzuzwingen, sind untauglich. Sie gibt es jedoch - ich komme später noch einmal darauf zurück.

Die Gründe für die Schwierigkeiten innerhalb dieser Entwicklung sind hauptsächlich im Fehlen eigener - aber auch weltweiter - Erfahrungen beim Übergang vom Totalitarismus zur Demokratie, von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, von der Diktatur einer Partei hin zur pluralistischen, bürgerlichen Gesellschaft, zu suchen. Sie resultieren jedoch auch aus eigenen Fehlern. Die Länder Osteuropas sind - nachdem sie sich von dem ihnen aufgezwungenen Modell befreit hatten - anfangs mechanisch dem Weg der Werte, Prinzipien und Kriterien der modernen westlichen Welt gefolgt. Das war der Traum der "Liberalen" in den osteuropäischen Ländern. Diesen Weg wiesen ihnen auch die Berater aus dem Westen, einschließlich der Vertreter des Internationalen Währungsfonds. Letztere haben ihre Beziehung zu den östlichen Ländern davon abhängig gemacht, wie diese den Empfehlungen des Währungsfonds Folge leisten würden.

Dieser Weg, der weder den Zustand der Wirtschaft, noch die Besonderheiten der politischen Entwicklung und die Spezifik des Bewußtseins der Menschen berücksichtigte, führte die osteuropäischen Völker in ein Labyrinth unendlicher Schwierigkeiten. Sowohl in Rußland - und den anderen Ländern der ehemaligen UdSSR -, als auch in den Ländern Osteuropas ist die Einsicht gewachsen, daß die Kopie der westlichen Werte und Entwicklungskriterien nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt. Neue Kriterien sind unerlässlich.

Es war kein Zufall, daß die Serie der kürzlich stattgefundenen Parlamentswahlen ein überraschendes Phänomen erkennen ließ: den Sieg der linken und linkszentristischen Kräfte mit sozialistischer Färbung und kommunistischer Vergangenheit. Ihre Gegner, die auf der Welle der antisozialistischen und antikommunistischen Euphorie der ersten Jahre an die Macht gekommen waren und entschieden den Weg ultraliberaler Reformen beschritten, erlitten eine schwerwiegende Niederlage.

Nicht weniger interessant ist ein anderes Phänomen. Die nun an die Macht gelangten ehemaligen Kommunisten - ich spreche von Osteuropa - beschritten nirgends den Weg in die Vergangenheit, im Gegenteil, sie näherten sich den Ideen der Demokratisierung des Lebens, des politischen Pluralismus und der Marktwirtschaft an und begannen, nach weniger schmerzhaften Wegen in eine neue Zukunft zu suchen. Nicht selten treten sie gemeinsam mit gemäßigten liberalen Kräften auf, die ebenfalls eine vollkommenerere Gesellschaft als die des Westens anstreben. Dies ist ein überzeugender Nachweis dafür, daß die Veränderungen in Osteuropa unumkehrbar sind. Es zeigt sich darin jedoch auch die Notwendigkeit der Suche nach neuen, die unterschiedlichen Erfahrungen berücksichtigenden, Entwicklungswegen.

Die wichtigsten, aber auch schwierigsten Transformationsprozesse, finden zur Zeit in Rußland und in den ehemaligen Sowjetrepubliken statt. Die Perestroika beendete ebenso den Totalitarismus wie das administrative Befehls- und Kommandosystem in der Wirtschaft. Sie gab den Menschen politische Rechte, demokratische Freiheiten, Transparenz und freie Wahlen zurück. Diese Reformen müssen jedoch unter immer größeren Schwierigkeiten durchgesetzt werden. Die Zeit des Stalinismus hat nicht nur die politische Praxis, sondern auch die Psychologie der Menschen entscheidend geprägt. Nach dem Zerfall der UdSSR ist die ehemalige Nomenklatur wieder dabei, ihre Positionen zu festigen. Das ist dieselbe Nomenklatur, die 1991 die Reformen sabotiert hat. Aus persönlichem Interesse findet nun aber ein Anpassungsprozeß statt. Ein Teil dieser Kader hat die Reformen akzeptiert und versucht, im Sinne der Perestroika zu handeln. Ein anderer Teil aber hat sich mit dem korrupten Beamtentum verbündet, mit der Mafia, und versucht, die riesigen Schätze des Landes in die eigene Tasche zu wirtschaften.

Die schlimmsten Folgen resultieren jedoch aus dem politischen Kurs, der nach 1991 verfolgt wurde. Der Niedergang von Kultur und Bildung, der Rückschritt in der Demokratisierung, die Einschränkung von Transparenz und Pluralismus sind ein hoher Preis, den das Land für diesen Kurs bezahlen muß.

Rußland hat sich wesentlich verändert, und dieser Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Es geht den Weg in die Marktwirtschaft, neue soziale Schichten sind im Entstehen. Die Psychologie der Menschen verändert sich. Untersuchungen verschiedener Meinungsforschungszentren in Rußland zeigen, daß die Menschen Reformen akzeptieren, sich für die Demokratie aussprechen. Ebenso akzeptieren sie den Markt, sie wenden sich aber gegen die sozialen Verwerfungen. 50 % der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze, die Lebensbedingungen haben sich in einem Maße verschlechtert, daß ich einschätzen muß: das Land wurde um 25 Jahre zurückgeworfen! Auch darin ist ein Grund zu suchen, daß ein Teil der Bevölkerung nicht an den Wahlen teilgenommen hat. Ein anderer Teil der Wähler wollte den Regierungsparteien einen Denkkzettel geben und hat sich für Schirinowski ausgesprochen. Dies ist Ausweis für die Stimmung der Menschen, und diese zu kennen ist sehr wichtig.

Die Potenzen des Landes und seines Volkes sind sehr groß. Auch Rußland wird in der Zukunft einen zivilisierten Entwicklungsweg einschlagen. Das wird jedoch noch eine geraume Zeit dauern. Dabei kommt Rußland eine Schlüsselposition zu, denn was hier geschieht, hat große Auswirkungen auf die angrenzenden Regionen. Die ehemalige Sowjetunion existiert nicht mehr, das Land zerfällt - aber es lebt, und dadurch leben auch wir noch. Nachdem viele verstanden haben, was geschehen ist, hat jetzt ein Prozeß der Reintegration eingesetzt. Dies ist wiederum ein kompliziertes Problem. Die meisten politischen Parteien - mit Ausnahme der kommunistischen und einiger kleiner Gruppierungen - haben nicht die Absicht, die Integration zu forcieren, weder auf föderaler noch auf lokaler Ebene, da sie der Meinung sind, daß dies gegenwärtig für Rußland nicht von Nutzen sei. Das ist ein pragmatischer Standpunkt. Er macht deutlich, daß sich das Land in einer schwierigen Lage befindet. Rußland will seine finanziellen und sonstigen Ressourcen nicht mit anderen teilen, um die Situation im Lande selbst zu beherrschen. Doch die Reintegration wird sich verstärken, sie wird mit der Stabilisierung des Landes einhergehen. Dies bedeutet jedoch keine Rückkehr zur ehemaligen Sowjetunion. Selbst die Frage der Konföderation ist die Frage einer fernerer Zukunft, vielleicht sogar eine rein philosophische Frage. Es handelt sich eher um eine Wirtschaftsunion, um die Koordinierung in Umweltfragen, der Verteidigung, der Wissenschaft, Bildung usw.

Reintegrationsprozesse werden sich auch nicht in allen Regionen der ehemaligen Sowjetunion vollziehen, denn die Ukraine und Belorußland, Moldawien und der Kaukasus, Kasachstan und ganz Mittelasien befinden sich in sehr unterschiedlichen Situationen. Viele Staaten sind im Kriegszustand, und alle Reformen müssen auf Eis gelegt werden, denn die Rettung des Volkes ist in den Vordergrund getreten. Die Situation ist also sehr kompliziert, und die Reintegration wird sich nur langsam vollziehen. Wahrscheinlich wird sie in den slawischen Staaten beginnen. Von Reportern höre ich häufig, daß der Westen Angst habe vor einem Reintegrationsprozeß in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, weil dann das russische Imperium wiedererstehe. Darauf kann ich nur antworten: Die ehemalige Sowjetunion war ein Imperium, aber keines im klassischen Sinne. Ich hoffe, Sir Edward Heath steht mir in dieser Frage bei und erklärt mir, was ein wirkliches Imperium ist. In England weiß man das besser. Andererseits - und das ist das Wichtigste - habe ich ja aufgezeigt, daß es gerade die russische Politik ist, die die Reintegration bremst. Aber natürlich sind wir in Rußland und im gesamten postsowjetischen Raum daran interessiert, daß die Reintegration auf der Grundlage freier, demokratischer Entscheidungen zwischen Staaten, die den Weg ihrer eigenen Wahl beschritten haben, stattfindet. Ich bin sicher, daß dies ein wichtiger Punkt bei der Gestaltung des neuen Europas und der neuen Zivilisation ist.

Die Veränderungen, die sich gegenwärtig in Europa - und in der ganzen Welt - vollziehen, haben gemeinsame Wurzeln. Diese Wurzeln sind in der Krise der Zivilisation zu suchen. Die heute existierende, aus einer langen historischen Entwicklung hervorgegangene Zivilisation hat ihre Möglichkeiten erschöpft. Ihr wichtigstes Ergebnis besteht darin, daß sie den Menschen auf allen Kontinenten letztendlich von der Bühne verdrängt hat. In den ehemaligen sozialistischen Ländern wurde der Mensch zum Spielball der Machthaber. Seine Möglichkeiten der Beteiligung an der Politik waren begrenzt und rein formal. Er war vom Eigentum und von der Macht und im wesentlichen auch von der Kultur entfremdet. Doch auch in der westlichen Welt sind die den Menschen unmittelbar betreffenden Probleme - wie soziale Sicherheit, demokratische Beteiligung an der Politik - noch immer ungelöst. Heute wird viel von der Annäherung zwischen dem Osten und dem Westen unseres Kontinents gesprochen. Eine solche Annäherung ist durchaus zu verzeichnen, aber bei all dem Positiven dieses Prozesses darf nicht vergessen werden, daß die derzeitige Etappe der Annäherung auch die Ausbreitung solcher sozialer Krankheiten wie der Arbeitslosigkeit bedeutet. Diese kannte der Osten früher nicht. Als ich kürzlich in Spanien war und dort ein sehr langes und offenes Gespräch mit Herrn Gonzales geführt habe, stand dieses Problem im Mittelpunkt, als eines der zentralen Probleme der Entwicklung in Spanien. Die Arbeitslosenquote beträgt in diesem Land 22%. Gestern vormittag besuchte ich das Unternehmen Umformtechnik Erfurt und habe dort mit der Belegschaft gesprochen. Das Unternehmen wird reorganisiert, modernisiert und umstrukturiert. Die Beschäftigten, vor allem die älteren Menschen, sind beunruhigt. Wenn es zu Kürzungen und Entlassungen kommt, werden sie die ersten Opfer sein. Sie müssen oft noch 10 oder 15 Jahre bis zur Rente arbeiten und haben zu Hause mehrere Kinder. Das ist sehr bitter. Eine Arbeitslosenquote von 22 % aber - das ist ein nationales Drama! Diese sozialen Krankheiten greifen nun vom Westen auf den Osten über.

Wir müssen feststellen, daß die Annäherung zwischen Ost und West auch dazu führt, daß die beiden Teile des Kontinents in Bezug auf die Massenkultur, die das moralische Bild einer Gesellschaft sehr stark prägt, angeglichen werden. Der Mensch, sein Gesundheit, auch seine moralische Gesundheit, sein materielles Wohlergehen standen nicht - und stehen auch jetzt nicht - im Mittelpunkt der Auf-

merksamkeit des Staates. Und das herannahende 21. Jahrhundert wirft eben diese Frage nach dem Menschen mit aller Schärfe auf.

Und nun zum zweiten Aspekt der Krise. Das ist der tiefe Konflikt zwischen dem Menschen und der Natur. Ich plädiere dafür, daß die These: der Mensch ist der Beherrscher der Natur - kritisch überdacht oder ganz fallengelassen wird. Denn dieser Herr der Natur hat eine solche Beziehung zu ihr entwickelt, daß die Umwelt, die Ökologie in eine tiefe Krise geraten sind. Und dies, obwohl nur ein Drittel der Bevölkerung unserer Erde mehr oder weniger gute Lebensbedingungen hat, zwei Drittel dagegen hungern und von Krankheiten verfolgt werden. In Gesprächen mit führenden Intellektuellen, Politikern und Geschäftsleuten darüber, was die Menschheit im 21. Jahrhundert erwartet, hörte ich von meinen Gesprächspartnern oft Erstaunliches. Sie sprachen davon, daß der Westen seinen Höhepunkt bereits hinter sich habe, er sei müde geworden und nicht imstande, Antworten auf die Fragen der Menschheit zu finden. Der Osten, Rußland, sei möglicherweise prädestiniert, diese Fragen zu beantworten. Noch mehr erstaunte mich, als in der Schweiz, in einem Kreis von sehr hohen Geschäftsleuten, Vertretern aus verschiedenen Ländern, an unsere Stiftung eine Auftrag erging, ein zukünftiges Modell zu erarbeiten. Das unterstreicht nochmals, daß wir die Grenze unserer Möglichkeiten erreicht haben. Wir müssen die Strategien der letzten Jahrzehnte, vielleicht auch der letzten Jahrhunderte, verändern.

Ich komme wieder auf Osteuropa zurück. Es ist das Zentrum der Weltkrise. Dort hat sich - ähnlich wie zu Beginn des Jahrhunderts in Rußland - alles verflochten: die drängendsten Probleme der Weltentwicklung, die Krise in Osteuropa und die Schwierigkeiten in Rußland. Auch damals wurde nach einem besseren Leben gestrebt, und es wurde auf die kommunistische Entwicklung gesetzt. Wir haben viele Opfer gebracht und schmerzhaft Entwicklungsphasen erlebt. In Rußland wurde das Gleichgewicht des natürlichen Entwicklungsweges durch eine künstliche, nach einem theoretischen Schema konstruierte Entwicklung verletzt. Das Leben hat dies nicht zugelassen. Das führte zu einem totalitären Regime und einer harten Diktatur. Das sind unsere tragischen und komplizierten Erfahrungen. Diese Erfahrungen bilden jedoch eine reiche Grundlage für neue Überlegungen. Wenn wir die Rätsel unserer Zeit nicht lösen können, dann stagnieren wir. Wenn wir unsere Vergangenheit nicht annehmen, können wir unsere gegenwärtige Situation nicht verstehen und werden für die zukünftige Entwicklung der Versuchung erliegen, die Modelle anderer Länder blind zu kopieren. Wenn man die ganze Komplexität der ungelösten Probleme betrachtet, kann man sagen, daß Rußland die einmalige Chance hat, über den Rand des Horizontes hinwegzublicken.

Ich möchte jetzt kurz meinen Standpunkt und den meiner Stiftung zur Überwindung der Krise in Rußland darlegen. Eine wichtige Schlußfolgerung unserer Arbeit ist, daß wir unsere Vergangenheit nicht negieren dürfen, auch nicht die Prozesse, die keine positiven Ergebnisse brachten. Wir sollten den verschiedenen Konzepten der unterschiedlichen politischen und ideologischen Schulen nicht einseitig negativ gegenüberstehen, obwohl keine dieser Schulen die Prüfung des Lebens bestanden hat. Wir betrachten unser Wertesystem, das künstlich konstruiert und den Menschen aufgezwungen wurde, sehr kritisch, wissen jedoch auch, daß es viele positive Seiten beinhaltete, vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit - wenn auch nicht in allen Fragen vollständig und umfassend. Aber wir haben zumindest versucht, die Probleme unter Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit zu lösen. Die Werte des westlichen sozialpolitischen Systems sind bereits abgenutzt, dieses System kann den Menschen keine gesicherte Zukunft garantieren. Mit dieser Erkenntnis lehnen wir jedoch nicht alle Werte des Westens ab. Wie könnten wir negieren, daß viele Länder der westlichen Welt einen hohen Lebensstandard erreicht haben. Wir versuchen auch die Stärken und Schwächen des Kollektivismus kritisch zu bewerten. Es gab bei uns die Diktatur mit all ihren Gefahren - aber es gab auch das Streben der Menschen, mit seinen Mitbürgern gut und friedlich zu leben. Das hat seine Wurzeln auch in der Religion. Die westliche Kultur richtet den Menschen darauf aus, mehr zu haben als zu sein. Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Wir müssen noch besser herausfinden, was unsere Zivilisation in ihrer Geschichte an Positivem hervorgebracht hat. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Synthese aus allen Erfahrungen der Menschheit von Nutzen. Wir müssen zu den alten Werten - wie dem Christentum und anderen Religionen - zurückkehren, ebenso auch zur sozialistischen Idee, in der ja viele dieser Werte enthalten sind. Wir müssen nach einem neuen Paradigma suchen, das auf diese Werte gegründet ist und uns zu einer humanistisch-ökologischen Kultur führen kann. Letztlich müssen wir solche Wege finden, die tatsächlich den Interessen der Menschen und der Natur entsprechen. Können wir in Europa behaupten, daß wir uns auf diesem Weg befinden?

Überall steht die Suche nach neuen politischen Modellen, die die Errungenschaften der westlichen Demokratie, aber auch die nationalen Bedingungen jedes dieser Länder berücksichtigen, auf der Tagesordnung. Das Wichtigste dabei ist, daß diese Modelle sich auf die Einhaltung der Menschenrechte

und auf die aktive Beteiligung der Bürger am politischen Leben gründen. Wenn es keine freien Wahlen gibt, schränkt das die Menschen in ihrer Teilnahme am politischen Leben gravierend ein.

Auch kann die Bevölkerung soziale Entwicklungen nicht akzeptieren, wenn sich die Lebensbedingungen - wie bei uns oder in anderen Ländern - um 50% oder mehr verschlechtern. Die Menschen lehnen übermäßige Differenzierungen in den Einkommen ab. Das habe ich ganz deutlich bei meinem Besuch in Brasilien gespürt, in einem Land, in dem 70 % der Bevölkerung auf der einen und 30 % auf der anderen Seite stehen. Unter diesen Bedingungen ist das Land bereits gespalten, und das ist ein dankbares Feld für die verschiedensten Parteien und politischen Kräfte. Andererseits haben wir Kommunisten damals die Sozialpartnerschaft abgelehnt und sie als eine Anpassung an die Bourgeoisie bezeichnet. Die Erfahrungen der westlichen Länder zeigen aber, daß es günstig ist, wenn eine solche Spaltung der Gesellschaft nicht existiert, wenn es - wie z. B. in Holland - keine übermäßig Reichen und keine äußerst Armen gibt, wenn die Extreme in der Einkommensdifferenzierung nicht zu groß sind. In Rußland bestehen sehr große Differenzierungen im Einkommen, und das ruft natürlich Proteste in der Bevölkerung hervor. Das ist der Nährboden für eine linke Entwicklung, für eine ganz radikale Entwicklung nach links.

Außerdem stellt sich noch eine andere wichtige Frage - die Frage nach der Rolle des Staates. Die früheren Vorstellungen von dessen Rolle, die sich mit dem Monopol des staatlichen Eigentums und direktiven Methoden der Wirtschaftsführung verbanden, werden heute - außer von den Anhängern des kommunistischen Totalitarismus - vollständig abgelehnt. Doch wie soll seine neue Rolle aussehen? Soll der Staat den Interessen der ganzen Gesellschaft dienen oder ist er Instrument nur eines Teils der Gesellschaft? Auch hier gibt es bisher keine Antworten. Doch die Suche, die sich andeutet, verläuft in Richtung einer gemischten, wirklich pluralistischen Wirtschaft.

Da viele osteuropäische Länder, allen voran die ehemalige Sowjetunion, eine multinationale Struktur besitzen, kommt auch der Suche nach neuen Lösungen in der nationalen Frage eine große Bedeutung zu. Denn jede Nation versucht, ihre Rechte zu verteidigen und ihre Identität wieder herzustellen. Eine Unterschätzung dieses Problems führt unweigerlich zu Tragödien wie in Jugoslawien oder den kaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Ein hypertrophierter Nationalismus ist in der Lage, sogar scheinbar stabile Staaten zu sprengen. Dies dürfen wir nicht zulassen, wenn wir nicht in die ferne Vergangenheit mit ihren hunderten von nationalen und zwischenstaatlichen Konflikten zurückkehren wollen. Ich bin überzeugt davon, daß uns im Westen und im Osten nur eine wirkliche Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Nationen und Ethnien, die Anerkennung der föderalistischen Prinzipien, sowie der kulturellen und nationalen Autonomie vor diesem Unglück bewahren kann.

Im Osten Europas ist wirklich ein ernstes, schmerzhaftes, aber notwendiges Suchen zu beobachten. Osteuropa hat einzigartige Erfahrungen gesammelt, wenn diese auch oft negativ sind. Es ist durchaus möglich, daß die Suche des Ostens nach einer Synthese zwischen den besten seiner Erfahrungen mit denen des Westens zu interessanten Schlüssen führen kann, zu einer neuen Stufe der Entwicklung, die für alle Länder interessant ist.

Ich möchte mich im Rahmen dieser Konferenz an alle Menschen in Europa wenden. Mir scheint, die Zeit ist gekommen, gemeinsam, auf gesamteuropäischer Ebene, gründlich und systematisch, die Evolution Osteuropas und ihre Folgen für die europäische und weltweite Entwicklung zu erforschen.

Im Osten wird gerade das erwartet, und nicht die Abkehr des Westens von den Ländern, die sich in der Krise befinden. Leider gibt es solche Tendenzen. Die Menschen, die die Reformen eingeleitet und den Kalten Krieg beendet haben, sind erstaunt darüber, daß der Westen zunehmend stärker den Eindruck erweckt, all diese Fragen seien nur im Osten akut. Sollen sich doch die Menschen streiten, sollen sie sich erschlagen - Hauptsache es geschieht weit entfernt und breitet sich nicht über die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion hinweg aus. Das ist zynisch, und vor allen Dingen ist es eine falsche Konzeption, die jedoch von nicht wenigen Politikern vertreten wird.

Mir scheint, die Zeit ist gekommen, eine unabhängige Kommission von Wissenschaftlern und Politikern zu schaffen, die auf gesamteuropäischer Ebene, gründlich und systematisch, den Prozeß der sozialen und politischen Transformation in Osteuropa und ihre Varianten in den verschiedenen Ländern, einschließlich Rußlands und den anderen postsowjetischen Staaten, gründlich analysiert.

Es ist immer schwierig, eine Wahl zu treffen. Aber gerade jetzt befinden wir uns an einem Punkt, an dem wir eine Entscheidung fällen müssen - an der Grenze zur Marktwirtschaft. Wir sind in die Markt-

wirtschaft eingetreten, wir haben wichtige Freiheiten eingeführt - doch mit solchen Fehlschlägen, daß wir jeden neuen Schritt in diese Richtung sehr gut durchdenken müssen. Eine unabhängige Kommission könnte uns dabei sehr helfen. Ich glaube, hier in Erfurt, im Osten Deutschlands, werden diese Schwierigkeiten gut verstanden, denn selbst hier ist dieser Prozeß kompliziert, obwohl ein wirtschaftlich starkes Land die neuen Bundesländer bei den Transformationsprozessen unterstützt. Aber es handelt sich nicht nur um die Wirtschaft, sondern vor allem um die Menschen.

Dies abschließend möchte ich noch eines erwähnen: wenn der Osten von der Geschichte berufen ist, einen neuen Weg für die ganze europäische Zivilisation zu finden, so wird dieser unbefriedigend und unvollständig sein, wenn die Suche danach isoliert von der westlichen Welt stattfindet. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Zukunft der europäischen Völker nur dann zum Positiven wandeln wird, wenn die gegenwärtigen Spaltungen überwunden werden und ein gesamteuropäischer Prozeß zur Herausbildung eines geeinten, eines Großen Europas, führt. Natürlich meine ich nicht die Herausbildung eines uniformen Staatengebildes. Nein, Europa war und wird pluralistisch sein. Die Vielfalt seiner Staaten und Völker ist Quelle seines Reichtums. Doch die Länder Europas müssen - unter Beibehaltung ihre Eigenart - gleichzeitig Teil eines Ganzen werden, des vereinten Europas - vereint in der Gewährleistung der Sicherheit, vereint in der ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit. Neben der zu bewahrenden nationalen muß eine europäische Identität entstehen. Für eine solche Entwicklung existieren heute günstige Voraussetzungen. Doch natürlich muß dies auch ein Ergebnis bewußt gesteuerter Politik sein. Und hier ist jeder Akteur auf der europäischen politischen Bühne aufgerufen, seine Rolle zu spielen. Bei allen Vorbehalten, die ich der Außenpolitik Rußlands entgegen bringe, stelle ich fest: gerade unser Land tritt heute am konsequentesten für die Verwirklichung der gesamteuropäischen Idee entsprechend der KSZE ein.

Osteuropa hat seinen Platz in dieser gesamteuropäischen Perspektive noch nicht gefunden. Bisher herrschen in seiner Außenpolitik zwei Tendenzen vor: Die erste ist das Bestreben, dem Westen zu gefallen, seine Gunst zu erringen und sich wenigstens minimale Positionen auf den westlichen Waren- und Kapitalmärkten zu sichern. Einigen Ländern gelingt das auch, soweit das den Interessen der westlichen Welt entspricht. Es handelt sich seitens des Westens um eine selektive Politik - unter dem Vorwand von Gesprächen über ein gemeinsames Europa.

Die zweite Tendenz der Außenpolitik Osteuropas ist die Distanzierung von Rußland. Diese gravierende Schwächung in den Beziehungen Osteuropas zu Rußland und den anderen Ländern der ehemaligen UdSSR, vertieft für alle die Schwierigkeiten der Übergangsperiode. Die Wiederherstellung und Belebung der Verbindungen zwischen Osteuropa und den postsowjetischen Staaten ist eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung eines Großen Europas.

Wesentlich ist auch die Entstehung wirklich gleichberechtigter und für beide Seiten nützlicher Beziehungen zwischen Osteuropa und dem Westen des Kontinents. Hier kann sicher die Europäische Union eine wichtige Rolle spielen. Ich habe jedoch den Eindruck, daß die Europäische Union selbst nach Maastricht in dieser komplizierten Entwicklungsetappe Zeit verliert, und es ihr noch nicht gelungen ist, eine neue Konzeption für den Umgang mit dem Osten des Kontinents zu entwickeln. Dies wäre jedoch eine große Chance für die Europäische Union, und die Entwicklung eines derartigen Konzepts liegt in ihrer Verantwortung.

Denn sowohl in Osteuropa als auch in Westeuropa fehlt es an einem konstruktiven Herangehen an die Frage eines geeinten Europas. Heute ist leider sehr oft zu hören, daß die Gestaltung Europas nur im Raum "zwischen Brest und Brest" möglich sei. Vorhin wurde de Gaulle zitiert, der davon sprach, daß Europa von einem Ende zum anderen reicht. Das ist sicher die beste Kennzeichnung, sie ist allumfassend. In der Diskussion sind aber nur verschiedene andere Modelle, die alle Rußland und die postsowjetischen Staaten ausschließen. Schon damals, als wir die Charta von Paris erarbeitet haben, wurde uns immer wieder unterstellt, daß wir neue Grenzen schaffen wollten und mit anderen Staaten auf Distanz gingen. Wir sollten uns von derartigen Meinungen nicht beirren lassen. Wir Europäer haben genügend Erfahrungen, um zu wissen, wohin eine solche Abgrenzung führen kann. Diese alten Herangehensweisen verurteilen den Kontinent zu einer neuerlichen Spaltung und führen zur Konfrontation.

Es hat sich jedoch auch schon eine neue Sicht auf diese Probleme entwickelt. Diese in Handlungen umzusetzen setzt das verantwortungsbewußte Zusammenwirken der Nationen, den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte unterschiedlicher Couleur voraus. Denn die Sicherheit des Kontinents wird eine gemeinsame sein - oder sie wird nicht sein. Das bedeutet auch, daß wir wieder

zu den Konzeptionen von Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der KSZE und der Pariser Charta zurückkehren müssen. Die Sicherheit des Kontinents muß durch alle Mitgliedsstaaten auf der Grundlage gleicher und gemeinsamer Anstrengungen garantiert werden. Alle Institutionen in Europa - von der KSZE bis zur NATO - müssen sich diesem System anschließen. Die KSZE muß ein adäquates System von Organen und Instrumenten für die Sicherheit schaffen - einschließlich eines Sicherheitsrates für Europa. Von Anfang an hat Hans-Dietrich Genscher diese Idee mit mir geteilt. Ich weiß nicht, ob er jetzt in der veränderten Situation seine Ansicht geändert hat. Diese Idee hat ihre Bestätigung bereits darin gefunden, daß die KSZE als System der Sicherheit im Rahmen der UNO präsent ist. Die Sicherheit des Kontinents ist nicht nur unter militärischem Aspekt zu sehen, sondern auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht sowie in Bezug auf die Umwelt. Sie zu erreichen, bedarf die Anstrengungen aller europäischer Staaten. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich betonen, daß mir nicht daran gelegen ist, die USA und Kanada auszugrenzen. Sie sollten mit uns zusammenwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
das Nachdenken über die gegenwärtige Situation in Europa wäre sehr unvollkommen, würde ich nicht über das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland und die Rolle beider Länder in Gegenwart und Zukunft sprechen.

Rußland im Osten und Deutschland im Westen bilden ein einzigartiges geopolitisches "Magnetfeld", dessen Wirkung vor allem auf die angrenzenden Länder, aber auch auf den gesamten Kontinent, vorhanden ist und einer ernsthaften Analyse bedarf.

Die Entwicklung gesunder, von gegenseitiger Achtung erfüllter russisch-deutscher Beziehungen ist von großer Bedeutung für die Sicherheit auf dem gesamten europäischen Kontinent. Der "Große Vertrag" zwischen unseren Ländern ermöglicht die Wiederherstellung und Vertiefung guter und nützlicher Beziehungen zwischen zwei große Nationen. Bei dieser Entwicklung kommt den ostdeutschen Länder eine besondere Rolle zu. Die vielfältigen Verbindungen, die sich im Verlauf eines halben Jahrhunderts zwischen der DDR und der UdSSR herausgebildet haben, hinterließen ihre Spuren. Hier wuchsen die ersten Keime der Versöhnung zwischen unseren Völkern. Hier wurden die Grundlagen für ein besseres Verständnis zwischen Deutschen und Russen gelegt. Dieses Potential sollten wir zur Festigung unserer Beziehungen nutzen. Denn das Wissen der Völker voneinander, ihre gute gegenseitige Kenntnis, sind immer ein stabiler Faktor. In den östlichen Ländern kennt man uns sehr viel besser als in den westlichen Ländern. Hier gibt es viele Menschen, die die russische Kultur und Sprache gründlich studiert haben. Sie waren schon in Rußland und der ehemalige Sowjetunion, haben dort viele Bekannte, auch unter Geschäftsleuten, Politikern oder Kulturschaffenden. Dies ist ein riesiges menschliches Kapital, das für die Zukunft der russisch-deutschen Beziehungen insgesamt schöpferisch genutzt werden kann.

Die erst vor kurzem eingetretene Wende in unseren Beziehungen ist eine wertvolle Errungenschaft. Doch bisher ist sie noch zerbrechlich. Sie muß gehegt und gepflegt werden, damit die schwachen Triebe wachsen und sich zu starken Bäumen entfalten. Ich unterstreiche dies auch deshalb, weil sowohl bei uns als auch bei Ihnen die "Elefanten" nicht ausgestorben sind. Sie sind in der Lage, all das Gewachsene zu zertreten, eine Abkühlung und Entfremdung im nationalen Maßstab zu provozieren. Die Stabilität unserer Beziehungen muß solchen Störungen widerstehen.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Entwicklung friedlicher und gutnachbarlicher russisch-deutscher Beziehungen für die Länder Osteuropas und für das gesamte Europa außerordentlich wichtig ist. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Zusammenarbeit mit Italien, Großbritannien, Frankreich und anderen Völkern weniger wichtig wäre. Trotzdem ist die Tatsache, daß diese neuen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland existieren, von unschätzbarem Wert.

Ich hoffe, daß meine Gedanken für Sie von einem gewissen Interesse sind. Mir ist bewußt, daß ich auf viele Fragen keine Antworten geben konnte. Die Geschichte muß noch das ihrige tun. Es gibt zwei Gefahren, in der Philosophie, in der Theorie und in der Politik: zu spät zu kommen und zu weit in die Zukunft vorzugreifen. Ich denke, daß ich ein realistischer Politiker bin. Ich habe ganz offen mit Ihnen gesprochen und nicht versucht, überall das i-Pünktchen zu setzen, in keiner einzigen Frage. Alles ist immer noch offen, und wir alle können darüber diskutieren.

Die Veränderungen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion geben Anlaß für Hoffnungen auf die Herausbildung einer neuen Zivilisation auf unserem Kontinent. Sie zwingen uns, nach neuen Lösungen für die uns alle bewegenden Fragen zu suchen. Doch diese Hoffnung wird nichts als eine

Hoffnung bleiben, wenn sie nicht durch das aktive Handeln der Menschen - der Politiker, Wissenschaftler, der religiösen Würdenträger und der breiten Öffentlichkeit - gestützt wird.

Ich zweifle nicht daran, daß unsere beiden Völker, unsere beiden Staaten in der Lage und dazu berufen sind, wesentlich daran mitzuwirken, diese Hoffnungen Realität werden zu lassen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 18/19 1994,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>